Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) · 48133 Münster

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Stadt-/Kreisverwaltungen
- Jugendamt –
im Bereich des LWL

Ansprechpartnerin:
Barbara Thüner

nachrichtlich
Kommunale Spitzenverbände
Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

Tel.: 0251 591-5839
Fax: 0251 591- 275
E-Mail: barbara.thuener@lwl.org

Az.: 50 80 33

Münster, 11.03.2009

Rundschreiben Nr. 12/2009

Beantragung KiBiz-Mittel 2009/2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beantragung der KiBiz-Mittel zum 15.03.2009 gebe ich noch folgende Hinweise:

1. Vorlage der verbindlichen Mitteilung nach § 21 Abs. 1 KiBiz

Hinsichtlich der vorzulegenden verbindlichen Mitteilung zum 15.03.2009 weise ich darauf hin, dass neben der Freigabe des Antrages durch das Jugendamt in KiBiz.web auch noch die Vorlage eines schriftlichen Antrages an das Landesjugendamt erforderlich ist.

Dieser Antrag (eine Seite) wird automatisch nach Aktivierung der Freigabe des Antrages durch das Jugendamt für das Landesjugendamt erzeugt. Diesen Antrag im pdf-Format bitte ich auszudrucken und mir rechtsverbindlich unterschrieben zur Fristwahrung bis spätestens zum 16.03.2009 (Eingang Landesjugendamt) auf dem Postwege bzw. vorab per Fax zu übersenden. Auch die Freigabe der Anträge durch das Jugendamt hat spätestens bis zum 16.03.2009 zu erfolgen. Hinsichtlich der Fristenregelung verweise ich auf die Bestimmungen des § 26 Abs. 3 SGB X. Auf die Beschreibung zur Erzeugung des schriftlichen Antrages im aktualisierten Handbuch (Seite 33) in der Anwendung KiBiz.web weise ich hin.

2. Kinder mit Behinderung

Die Bedarfsplanung und -meldung nach KiBiz bezieht sich auch auf die Kinder mit Behinderung in Einzelintegration und Schwerpunkteinrichtungen. Wie bereits im Vorjahr und aktuell im Rundschreiben Nr. 8/2009 (Bedarfsplanung zur Versorgung von Kindern mit Behinderung in Westfalen-Lippe) dargestellt, bitte ich für die Meldung zum 15.03. folgende Aspekte zu berücksichtigen:

a) Da nach § 19 Abs. 3 KiBiz unterjährige Veränderungen nicht berücksichtigt werden, sondern erst bei der Abrechnung, sollten in die Bedarfsmeldung bis zum 15.03.2009 alle Kinder mit Behinderung in der Einzelintegration und in Schwerpunkteinrichtungen aufgenommen werden. Hier reicht die Anzahl der Kinder mit Behinderung, für die bereits (ab 01.08.2008) ein Bewilligungsbescheid bzw. Kostenzusage vom LWL-Landesjugendamt ausgestellt ist, in der Regel nicht aus.

Für die Bedarfsplanung empfehle ich, zunächst von der Anzahl der geförderten Kinder mit Behinderung im Kindergartenjahr 2008/2009 zuzüglich der beantragten und noch nicht entschiedenen Kinder auszugehen. Sofern diese Zahl im Vergleich zu den vorangegangenen Kindergartenjahren gestiegen ist, sollte bei der Ermittlung der Gesamtzahl die prozentuale Steigerung hinzugerechnet werden.

Die Aufteilung dieser Gesamtzahl auf die einzelnen Trägerarten kann dann im Verhältnis zu der zur Zeit in der Einzelintegration und in Schwerpunkteinrichtungen betreuten Kinder mit Behinderung vorgenommen werden.

Ich weise darauf hin, dass im Gegensatz zu 2008 es in diesem Jahr nicht möglich ist, Kinder im Antrag an das Landesjugendamt aufzuführen, die nicht im Antrag des Trägers enthalten sind. Hierzu ist es also erforderlich, die Kinder auch den jeweiligen Trägeranträgen zuzuordnen.

Ich darf darauf hinweisen, dass bei einer zu niedrig gemeldeten Kinderzahl der Träger der integrativen Tageseinrichtung zwar die LWL-Förderung vom Landesjugendamt erhält, aber keine Landesmittel und möglicherweise auch keine Jugendamtsmittel zur Finanzierung der gesamten Personalkosten der Zusatzkraft. Erst nach Ablauf des Kindergartenjahres wird bei der Abrechnung nach § 19 Abs. 3 KiBiz die Differenz zwischen Planung und tatsächlicher Inanspruchnahme berücksichtigt, wenn sie bezogen auf die Einrichtung über 10 v.H. der jeweiligen Fördersumme hinausgeht.

Damit kann der Gefahr entgegengewirkt werden, dass in diesen Fällen, in denen die Gesamtfinanzierung nicht sichergestellt ist, die integrative Erziehung in Frage gestellt wird.

b) Nach § 19 Abs. 1 KiBiz wird die finanzielle Förderung der Kindertageseinrichtungen in Form von Pauschalen für jedes in einer Kindertageseinrichtung aufgenommene Kind gezahlt. Im Rahmen Ihrer Jugendhilfeplanung haben Sie daher die Möglichkeit, nach Erhalt des Leistungsbescheides des LWL-Landesjugendamtes über die Bereitstellung der Landesmittel (10.04.2008) dem Träger die Pauschalen für den behinderungsbedingten Mehraufwand für zum 01.08.2008 vom LWL-Landesjugendamt anerkannte und geförderte Kinder mit Behinderung zu bewilligen. Jeweils nach Erhalt weiterer Bewilligungsbescheide bzw. Kostenzusagen können Sie dem Träger die Pauschalen für den behinderungsbedingten Mehraufwand nachbewilligen.

3. Trägerschaft durch einen sonstigen anerkannten freien Träger (Trägeranteil 9 %)

Für die Zuordnung von Kindertageseinrichtungen zu einem sonstigen freien Träger mit der Konsequenz, dass ein Trägeranteil von (nur) 9 % zu leisten ist, bestehen zwei Voraussetzungen:

- a)** Der Träger muss formell als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII öffentlich anerkannt sein. Das Erfordernis der öffentlichen Anerkennung ergibt sich aus § 6 Abs. 1 KiBiz.
- b)** Es muss sich auch materiell um einen freien Träger handeln, der nicht kommunaler Träger bzw. nicht kirchlicher Träger ist. Diese Feststellung ist unter Bewertung aller Umstände des Einzelfalls zu treffen:

In Zweifelsfällen bitten wir, uns zu beteiligen.

Freundliche Grüße

i.A.

Klaus-Heinrich Dreyer